

Das Ergebnis der Nationalratswahlen

Autor(en): **Nobs, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **15 (1935-1936)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332427>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- NOVEMBER 1935 -- HEFT 3

Das Ergebnis der Nationalratswahlen

Von Ernst Nobs

Nach den am Abend des 28. Oktober vorliegenden Ergebnissen der Nationalratswahlen zeitigten diese das folgende Ergebnis:

<i>Fraktionen des Nationalrates</i>	<i>neu</i>	<i>bisher</i>
Freisinnig-Demokratischen	48	52
Katholischkonservative	41	44
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	22	28
Liberalkonservative	6	6
Sozialdemokraten	50	50
Kommunisten	2	2
Sozialpolitiker	3	2
Jungbauern	4	2
Unabhängige (Duttweiler)	7	0
Vereinzelte (Front, Union Nat. Genf, St. Galler Lohnsticker, Evangeliker)	4	1
	<hr/> 187	<hr/> 187

Wenige Worte genügen, diese Ziffern zu umschreiben: *Keine einzige der vier großen Parteien hat ihre Mandatzahl zu erhöhen vermocht. Die bürgerlichen Fraktionen bröckeln ab zugunsten bestehender oder neuer Splittergruppen. Bei fünf Gewinnen und ebenso vielen Verlusten behält die Sozialdemokratische Partei ihre bisherige Fraktionsstärke, tritt aber nun — wegen der weiteren Mandatverluste der freisinnig-demokratischen Gruppe — in den Rang der stärksten Fraktion des Nationalrates. Die von den großen bürgerlichen Fraktionen erlittenen Mandateinbußen sammeln sich bei den Miniaturparteien, also bei der neuen Partei der Unabhängigen, bei den Jungbauern, den Sozialpolitikern und vereinzelt Wilden, ohne daß dabei von einer einheitlichen Willensrichtung der von den großen Parteien abgesprungenen Wähler die Rede sein könnte.*

Ich stehe nicht an, das Wahlergebnis auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus als unbefriedigend zu bezeichnen. Dies insbesondere auch für die Kantone, die Verluste erlitten haben, darunter

Zürich voran. Darüber wird noch einiges zu sagen sein. Wir verstehen die Bitterkeit und den Unwillen unserer Parteifreunde jener Kantone, die ihre vorwärtsstürmenden Erfolge zunichte gemacht sehen durch schmerzhafteste Verluste in andern Sektoren des Kampffeldes. Aber in der gesamten schweizerischen Partei wird Uebereinstimmung darin bestehen, daß ein Resultat, welches lediglich die bisherige Fraktionsstärke zu halten vermag, als unbefriedigend zu gelten hat und daß unsere Aufmerksamkeit und Arbeit der kommenden Zeit darauf gerichtet sein muß, die scharfsten Stellen auszufügeln und auszuwetzen. Es ist uns kein Trost, daß wir, indem wir die bisherige Position behaupteten, zur stärksten Fraktion vorrückten. Es beschwichtigt uns nicht, daß das Halten unserer hart umstrittenen Stellung in der Schweiz erkämpft worden ist inmitten einem Mitteleuropa, das sich von der schwärzesten Reaktion heimgesucht sieht. Wir erstrebten, es den skandinavischen Genossen gleichzutun und die Schweiz nicht hinter den nordischen und westlichen Demokratien zurückstehen zu lassen. Aber weibisches Klagen führt uns nicht vorwärts. Es gilt, Mängel und Fehler zu erkennen und zu beheben und im übrigen sich neuerdings und frischgemut an die Arbeit zu machen.

Die Zürcher Kantonsratswahlen vom letzten Frühjahr, die uns eine offenkundige Niederlage brachten, verhießen wenig Gutes für die Nationalratswahlen. Die Stimmen- und Mandatverluste gingen auf zwei Ursachen zurück. Die eine lag an uns selber, die andere am Gegner.

Nehmen wir das Versagen der Partei voraus: Sie hatte eben, kurze Zeit vor den Wahlen, in der Sekretariatskrise eine tiefgehende innere Auseinandersetzung von nachhaltig desorganisatorischer Wirkung durchgemacht. Es muß daran erinnert werden, daß Parteisekretär Walter, der seinerzeit, schon inmitten der großen Industriekrise, allen Ernstes einen Landesstreik propagieren wollte, nach dem deutschen Zusammenbruch sich zum Bolschewiken reinsten Wassers durchgemausert hatte und mehr und mehr eine Richtung einschlug, der die schweizerische Partei sowenig wie die zürcherische folgen konnte. Wie sehr der Fall Ernst Walter als singuläre Erscheinung zu gelten hat, zeigt die jüngste Entwicklung der Kommunistischen Internationale, die gerade auch in der Frage der Landesverteidigung (Weisungen an die Kommunisten Frankreichs) jene Wege gegangen ist, die Walter zum Gegenstand der leidenschaftlichsten Kritik an der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei gemacht hatte. Walter, ein eminent unpolitischer Kopf, aber mit achtenswerten persönlichen Eigenschaften und propagandistischer Begabung, machte nach einigem Hin und Her in der Militärfrage die Beibehaltung seiner Stelle zur großen Grundsatfrage. Man weiß, mit welcher Erbitterung wochenlang in den Urabstimmungsversammlungen gekämpft wurde. Den Kommunisten hat sein Uebertritt nichts genützt, den Sozialdemokraten sehr viel geschadet. Man könnte es von der früheren Parteispaltung her wissen, daß Hunderte und Tausende von Parteimitgliedern derartigen Auseinandersetzungen seelisch nicht gewachsen sind und — weil sie sich in dem idealen Bild, das sie sich von der Partei gemacht hatten, enttäuscht

sehen — entweder längere Zeit an der Parteiarbeit keinen Anteil mehr nehmen oder sich völlig von der Partei zurückziehen. Wie sehr die weitere Entwicklung (und gerade auch die Entwicklung der Kommunistischen Internationale und der schweizerischen Kommunistischen Partei) die neuen sozialdemokratischen Spalter ins Unrecht versetzt hat, ist heute zu offenkundig, als daß man darüber noch ein Wort verlieren müßte. Die interne Ausmarchung gegenüber der rein persönlichen Politik des Sekretärs war aber nicht zu vermeiden gewesen, sollte die Partei nicht auf die Dauer noch größeren Schaden nehmen. Heute ist die Krise überwunden. Die Partei hat an Geschlossenheit wesentlich gewonnen, aber freilich, die Nachwehen des jahrelangen und zuletzt mit maßloser Erbitterung unter den Parteigenossen geführten Kampfes sind noch nicht überwunden. Sie kamen neuerdings bei den Kantonsrats- und Nationalratswahlen zum Ausdruck.

Und ein Zweites: Besonders bei den Kantonsratswahlen, aber auch noch bei den Nationalratswahlen haben gegnerische Parteien, besonders aber der Freisinn, das stadtzürcherische Krisenopfer — das heißt den Lohnabzug des städtischen Personals zugunsten der Sozialwerke der Stadt — zum Gegenstand einer skrupellos geführten Kampagne gemacht. Nun war allerdings das Krisenopfer in der Stadt Zürich keineswegs etwa durch die Instanzen der Partei oder durch Fraktionsmehrheiten beschlossen worden, sondern auf die demokratischste Weise der Welt durch eine sozusagen einstimmige Willenskundgebung einer von über fünfhundert Mann besuchten Versammlung gewerkschaftlicher und parteilicher Vertrauensmänner und zuletzt durch eine Volksabstimmung beschlossen worden. Allein das Ergebnis der Urabstimmung beim öffentlichen Personal ließ diesen Opfersinn, den die Elite der Organisationen bekundet hatte, vermissen. Eine starke Minderheit vermochte die Notwendigkeit des Opfers nicht einzusehen, machte in Standespolitik, statt in proletarischer Klassensolidarität und stimmte grollend und schmollend nein. Ein Teil der zehntausend Stimmen, welche die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich von den städtischen Wahlen bis zu den Kantonsratswahlen verloren hat, gehen auf diese Vorgänge und darauf zurück, daß die gegnerische Propaganda hier mit aller Macht eingehängt und die Sozialdemokratische Partei als eine Partei des Lohnabbaus und des Wortbruchs stigmatisiert und diskreditiert hat. Nichtsdestoweniger war die Politik des Krisenopfers, die Politik der Sicherung des Gemeinwesens inmitten der gefahrvollsten Krise, die Politik der Klassensolidarität, für die das öffentliche Personal unter Umständen ein Opfer bringen muß, die einzige Politik, die der Sozialdemokratischen Partei würdig war. Wir haben uns dieser Politik nicht zu schämen, auch wenn sie uns vorübergehend wahlpolitisch geschadet hat. Die heutige Lage auf dem Anleihensmarkt dürfte jenen Verblendeten, welche der Sozialdemokratischen Partei in diesem Frühjahr und Herbst die Gefolgschaft versagt haben, zeigen, wie sehr sie irre gingen. Das Ausmaß der von den bürgerlichen Parteien in den Kantonen und in der Eidgenossenschaft

vorgeschlagenen verschärften Lohnreduktionen dürfte endlich allen den Weg weisen zu einer vernünftigeren Beurteilung des stadtzürcherischen Krisenopfers. Damit wird der Weg frei zur Ueberwindung der schweren wahlpolitischen Schädigungen, die sich aus Verhältnissen ergeben haben, die nicht zu umgehen waren. Zur zürcherischen Partei darf man das Vertrauen haben, daß sie den schweren Rückschlag überwinden wird. Uebrigens darf der Tiefpunkt als überwunden gelten. Manche Versammlungen dieses Herbstes zählen zu den begeisterndsten Manifestationen der werktätigen Volksschichten für den Sozialismus, die wir jemals erlebt haben.

Von den Nationalratswahlen des Herbstes 1935 wird man ohne Uebertreibung sagen können, daß das Rennen vom Migros-Wägeli gemacht worden ist. Sieben Mandate für eine neue Partei in drei Kantonen! Fünf Mandate in jenem Kanton Zürich, von dem die Migros ausgegangen ist und wo sie heute schon mit ihren flinken Wagen den hintersten Weiler aufsucht und beliefert. Aus diesem Wahlergebnis ist unschwer ein Volksurteil über Preis und Qualität der Migros-Waren herauszulesen. Dabei darf man sich vor Augen halten, daß die Migros-Propaganda an Umfang und Eindringlichkeit diejenige aller politischen Parteien bei weitem übertraf und daß sie es insbesondere verstand, den Eindruck zu erwecken, als führe die Migros einen unablässigen Heroenkampf gegen Bundesbürokratie wie gegen Trusts und Syndikate.

Und die Wähler haben darauf geantwortet. Der Flugsand der Parteien, der bald hierhin, bald dorthin verweht wird, ließ sich zur neuen Heilsbotschaft hinblasen. Die Sozialdemokratische Partei verlor in städtischen Wahlkreisen wie in Industriedörfern ein Fünftel, ein Viertel, ja, da und dort noch größere Prozentualen ihrer Stimmen. Freisinn und Demokraten gaben manchenorts bis zur Hälfte der Stimmen dem Migroswagen ab. Dabei kann man nicht einmal behaupten, daß diese Stellungnahme von zwanzigtausend zürcherischen Wählern des wirtschaftspolitischen Sinnes entbehre. Die Migros-Wähler manifestierten laut und eindringlich für eine überaus klare und einfache, geradezu primitive Losung: *Ihr habt die Löhne mehrmals abgebaut und uns auf die Straße gestellt, gebt uns jetzt wenigstens billige Lebensmittel!* Damit ist aber ein Hauptproblem der schweizerischen Wirtschaftspolitik gestellt! Wollte man diese Richtung bis ans Ende gehen, so hieße es: Fort mit eurem staatlichen Preis- und Lohnprotektionismus um und um! Das aber hieße, dem Landwirt versagen, was man ihm bisher noch gewährt hat. Es hieße, auch den Mittelstand, soweit er sich staatlicher Schutzmaßnahmen erfreut, opfern. Das hieße, das Gebäude der künstlich gehaltenen Preise einreißen und den Grundsatz des billigsten Lebensmittels durchsetzen! *Das aber ist die Politik der Exportindustriellen, ist die Politik der Banken und des Großkapitals, die alle miteinander alles Heil im billigsten Preis und billigsten Lohn erblicken!* Damit ist auch ausgesprochen, wohin die neue Partei wirtschaftspolitisch einzugliedern ist. *Es handelt sich ohne Zweifel um ein Stück manchesterlichen Freisinn, dem es in diesem Falle gelungen*

ist, nicht nur sehr zahlreiche Angestellte, sondern auch viele Tausende von Proletariern vor den wirtschaftsliberalen Migroswagen zu spannen! Die Migroskaufleute kommen vom Freisinn und gehen zum Freisinn! Auch wenn man der Meinung sein mag, die Sozialdemokratische Partei hätte in ihrer Krisenpolitik die Hefte nicht zu revidieren, wird sie doch gut tun, nochmals und neuerdings die Fragen der sogenannten Konsumentenpolitik einer sehr ernsten Prüfung zu unterziehen.

Damit wird eine weitere Frage gestellt: Wie gestaltet sich das Schicksal der Konsumgenossenschaften? Nicht wir stellen diese Frage aus Uebermut oder Kritisierlust. Die Frage ist den Konsumgenossenschaften aus neuesten Entwicklungen heraus aufs eindringlichste gestellt. *Wenn die Migros sich weiter entfaltet wie bisher, müssen notwendigerweise die Konsumgenossenschaften zu Schaden kommen.* Das aber würde bedeuten, daß die Migros die Bedürfnisse und Wünsche eines großen Teils von Konsumenten besser zu befriedigen vermag als die Genossenschaft. Woran das liegt, mögen diejenigen sagen, die das Problem des Warenverschleißes besser kennen als der Schreiber. Aber zwei oder drei Fragen seien aufgeworfen: Sind unsere Genossenschaften nicht gar zu sehr zu Wiederverkäufern jener Trustgesellschaften geworden, welche Markenartikel (wie zum Beispiel die Fette) zu übersetzten Preisen absetzen, statt daß die Genossenschaften sich auf Eigenbedarfsdeckung eingestellt hätten? Wie gestalten die Genossenschaften ihre Arbeit rationeller? Sollen sie es nicht versuchen — und dies namentlich dort, wo heute noch keine Migroswagen fahren —, genossenschaftliche Verkaufsautomobile in Betrieb zu setzen und damit den Konsumenten die große Annehmlichkeit zu bieten, die Ware vors Haus geliefert zu bekommen? Ist die Genossenschaftsbewegung nicht allmählich gar zu konservativ geworden? Genügt das Basler Regime der alten Männer den Anforderungen der Stunde? Tun nicht vermehrte kaufmännische Initiative, mehr Unternehmungslust und Wagemut not? Arbeitet die genossenschaftliche Großeinkaufsdeckung noch rationell genug, um preispolitisch der neuen Konkurrenz gewachsen zu sein? War es richtig, daß unsere große schweizerische Genossenschaftszentrale in allen Dingen der schweizerischen Wirtschaftspolitik sich der Führung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes untergeordnet hat, während die Migros durch ihre kämpferische Haltung sich die Sympathien der Konsumenten gewann?

Mag es als feststehend gelten, daß der private Kleinbetrieb des Detailhandels einem Mammutgebilde wie der Migros gegenüber nicht standzuhalten vermag und zusehends Kunden verliert, so müßte doch eine Konsumentenorganisation, wie der VSK., den Kampf auf einem ganz andern Boden aufnehmen. Gerade der Sozialist kann sich damit nun einmal nicht abfinden, daß ein privatwirtschaftlicher Großbetrieb das genossenschaftliche Großunternehmen in den Schatten stellen soll. *Es geht auch da um Größtes, um eine Entscheidung zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft!*

Mir liegt, indem ich diese Fragen hier zur Diskussion stelle, jede feindselige Haltung gegenüber den Genossenschaften ferne, aber man

darf doch die Augen vor so bedeutungsvollen Tatsachen nicht schließen. Gerade auch das Detail wird unsern genossenschaftlich tätigen Parteimitgliedern zu denken geben, daß die großen schweizerischen Genossenschaftsorganisationen sich aus den großen wirtschaftspolitischen Landesentscheidungen selber ausgeschaltet haben — bis zur Selbstverleugnung, bis zur Bewußtlosigkeit! Und das alles um der »Neutralität« willen! Da kommt aber einer, der weniger zimperlich tut. Ja, der initiative Migroskaufmann scheut sich nicht, aus einer prononciert handelsmännischen und konsumentenpolitischen Einstellung heraus mitten in die Politik hineinzuspringen, die über den geschäftlichen Erfolg hinaus ihm auch einen politischen Premiereneifall nicht alltäglicher Art zuwirft.

Es bleiben zum Schluß einige Bemerkungen zu den sonstigen Wahlergebnissen. Als ganz besonders beachtenswert muß gelten, daß die *Freiland-Freigeldbewegung*, die seit Jahren politisch sehr anspruchsvoll aufgetreten ist, *in der ganzen Schweiz kein einziges Nationalratsmandat zu erreichen vermochte und überdies ihr bisheriges Ständeratsmandat verloren hat!* Ein überaus schwerer Schlag für eine mit so hohen Erwartungen verbundene und mit so großen Mitteln ins Werk gesetzte Wahlpropaganda. Die Wähler — darunter leider auch manch ein ehemaliger Sozialdemokrat — mögen nun endlich einsehen, daß ihre Stimmabgabe nutzlos und wertlos war und besser den sozialdemokratischen Listen zugute gekommen wäre.

Die Front schickt je von Zürich und Genf einen Mann ins Landesparlament. Wer hätte es gedacht, daß die Herren, die seit zwei Jahren so großsprecherisch getan haben, so kleinlaut abfahren müßten?

Der Jungbauernbewegung, die sich noch viel zuwenig auf ausgebauten Organisationen zu stützen vermag, ist ein sensationeller Erfolg ebenfalls versagt geblieben. Die Kommunisten stagnieren.

Der Wahlausgang tut jedenfalls überzeugend dar, daß die Sozialdemokratische Partei nicht genug Anstrengungen unternehmen kann — dies insbesondere auch im Kanton Zürich —, das Vertrauensmännersystem bis ins letzte Dorf und bis in jeden städtischen Straßenzug hinaus auszubauen. Dies nicht in erster Linie, um etwa Wahlschlepperdienste zu leisten, sondern vielmehr, um sozialistisches Wissen und Wollen in breiten Schichten des werktätigen Volkes zu verankern und der zuverlässigen Pfähle und Wehren genug einzubauen, um dem politischen Dünnwandstand und Halt zu geben, damit er auch bei krisenhafter Witterung festzuhalten vermöge. Hier bleibt uns die Organisationskunst der Wiener Sozialdemokraten nach wie vor vorbildlich und unerreicht.